

UMGANG MIT DER AFD – Leitfaden der BayernSPD

1. BESCHLUSSLAGE

Beim 67. außerordentlichen Landesparteitag im Juli 2016 in Amberg hat sich die BayernSPD grundsätzlich zum Umgang mit der AfD positioniert. Im damaligen Beschluss wurde u.a. festgestellt:

*„Keine Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Gruppierungen: Egal auf welcher Ebene, wir lehnen entschieden eine Zusammenarbeit mit der AfD und ähnlichen Kräften ab. Sei es in kommunalen Gremien, oder im Landes- bzw. Bundesparlament. Hierunter fallen explizit Koalitionen, Ausschuss- und Fraktionsgemeinschaften. Keine Kooperation mit Pegida, rechten Bürgerwehren und ähnlichen Organisationen. Wir ziehen einen klaren Trennungsstrich zu den reaktionären Feinden der Demokratie. Gemeinsame Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen lehnen wir ab. Den Rechtsradikalen und Faschist*innen bieten wir keine Bühne, menschverachtende Ideologie werten wir nicht durch falsche Dialogbereitschaft auf. Wer die zentralen Menschenrechte ablehnt, bewegt sich für uns außerhalb des Diskussionsrahmens. Hierzu gehört explizit auch das Grundrecht auf Asyl.“*

2. EMPFEHLUNGEN DER BAYERNSPD

Unter anderem im Wahlkampf werden SPD-Kandidat*innen häufig von Organisationen und Verbänden zur Teilnahme an Podiumsdiskussionen angefragt, die auch AfD-Vertreter*innen zur Diskussion auf das Podium eingeladen haben. Der bestehende Beschluss gibt bei Anfragen Dritter keine ausreichende Antwort. Der SPD-Landesvorstand hat sich mit dieser Problematik befasst und bietet zur Entscheidungsfindung einen kurzen Leitfaden an:

- Bei Veranstaltungen, zu denen die AfD eingeladen ist, sollte als erstes auf den Veranstalter eingewirkt werden, die AfD auszuladen. Der Veranstalter sollte über die Gesinnung der AfD aufgeklärt werden.
- Falls keine Ausladung erfolgt, sollte der Versuch unternommen werden, mit den anderen Parteien/Kandidat*innen zu vereinbaren, nicht hinzugehen.
- Falls dieser Schritt keine Wirkung entfaltet, dann sollte der Versuch erfolgen, auf dem Podium ein Bündnis gegen die AfD zu bilden.
- Es sollte vorsorglich die Befähigung des Moderators/Veranstalters geprüft werden und darauf eingewirkt werden, dass eine adäquate Moderation erfolgt. Die Themensetzung auf den Podien sollte breit gefächert sein und möglichst wenige typische AfD Themen aufgegriffen werden.
- Sollten oben genannte Handlungsempfehlungen erfolglos bleiben, könnte optional die Teilnahme am Podium verweigert werden. Die Begründung dafür könnte/sollte veröffentlicht werden.
- An vielen Orten Bayerns gibt es gute Bündnisstrukturen gegen rechts. Meist ist die SPD darin eingebunden und häufig sogar federführend daran beteiligt. In diese Bündnisse sollte die Debatte zum Umgang mit der AfD getragen werden, insbesondere dann, wenn vor Ort ein Veranstalter eine Diskussion unter Beteiligung der AfD plant.
- Sollte sich die Entscheidungsfindung als schwierig erweisen, so steht der SPD Landesverband mit Rat und Tat zur Seite. Anfragen bitte einfach an die SPD Landesgeschäftsstelle München richten.

SPD Landesvorstand Bayern
im Juni 2018